

SWP-Aktuell

NR. 32 JUNI 2018

Abiy Superstar – Reformer oder Revolutionär?

Hoffnung auf Transformation in Äthiopien

Annette Weber

Man kommt aus dem Staunen nicht heraus: In den wenigen Wochen seitdem Abiy Ahmed zum Premierminister Äthiopiens gewählt worden ist, sind nahezu alle Gewissheiten ins Wanken geraten, auf denen die äthiopische Politik beruhte. Der neue Premier hat sich bei der Bevölkerung für Fehler der Vergangenheit entschuldigt, den Grenzkrieg mit Eritrea ohne Gegenleistung beendet und die wichtigsten Funktionäre des alten Regimes entlassen. Gleichzeitig hat er den Ausnahmezustand aufgehoben und die Wirtschaft liberalisiert – all dies galt bislang in Äthiopien als undenkbar. Kontrolle, innere Sicherheit und die eingeschworene Gemeinschaft ehemaliger Befreiungskämpfer waren die prägenden Elemente einer Politik, die zwar lange Zeit für Stabilität und ökonomischen Aufschwung sorgte, dabei aber die schnell wachsende junge Bevölkerung und deren Anliegen vernachlässigt hat.

Als Abiy Ahmed im Amt des äthiopischen Premierministers Hailemariam Desalegn nachfolgte, war dies nicht als Regimewechsel geplant. Abiy hatte zuvor in der Cybereinheit des Nachrichtendienstes INSA gearbeitet und war als Soldat in dem Krieg eingesetzt, den Äthiopien und Eritrea 1998 – 2000 führten. Anschließend machte er in der Oromo People's Democratic Organization (OPDO) eine steile Karriere. Nach dem Sieg der Befreiungsbewegungen über das Militärregime 1991 stellte die OPDO mit drei weiteren Parteien die Regierungskoalition Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF). Die Koalition wurde bis zum Tod von Premier Meles Zenawi 2012 von der Tigrayan People's

Liberation Front (TPLF) dominiert. Mit der Wahl des 41-jährigen Politologen Abiy kommt zum ersten Mal ein Oromo an die Macht. In seiner Familie finden sich Muslime, orthodoxe Christen und Evangelikale, Tigray, Amhara und Oromo. Dieser Hintergrund lässt darauf hoffen, dass Abiy keine ethnonationalistische Politik verfolgen wird.

Der Beginn der Veränderung

Seit Ende 2015 protestierten Zehntausende gegen die Enteignung von Land, das der Erweiterung der Hauptstadt Addis Abeba dienen sollte. Bei der Niederschlagung der Proteste kamen mehr als 700 Menschen



ums Leben, 23 000 wurden festgenommen. Der damalige Ausnahmezustand zerrüttete das Verhältnis zwischen Regierung und Bevölkerung zusehends. Eine Bewegung namens Qeerroo Bilisummaa Oromo («Oromo-Jugendbewegung») wurde zum Symbol der Proteste. Teilweise wurden die Streiks über soziale Medien gesteuert, auch durch Blogger in der Diaspora. Die Regierung fand darauf keine angemessene Antwort und versuchte, durch Konsultation mit ausgewählten Oppositionsparteien die Gemüter zu beruhigen. Als dies wenig Wirkung zeigte und die Proteste wieder aufflammten, ordnete Premierminister Desalegn die Freilassung politischer Gefangener an. Außerdem kündigte er seinen Rücktritt an, um, so Desalegn, Raum für politische Veränderungen zu schaffen. Allerdings dauern ethnische Konflikte, vorrangig um Land, weiterhin an. Mehr als eine Million Menschen wurden bislang vertrieben.

Dass der Rat der Regierungskoalition (EPRDF) Abiy Ahmed mit 108 von 180 Stimmen zum Premierminister wählte, war verblüffend. Seit dem Sturz des Militärregimes von Mengistu Haile Mariam 1991 kontrollierte vor allem die Partei der Tigray – die nur 6 Prozent der Bevölkerung stellen – die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Belange des Landes. Obgleich sich die EPRDF formal aus Parteien aller vier größeren Regionen zusammensetzt, war ein höheres Maß an Teilhabe der anderen politischen Parteien kaum vorstellbar. Denn die TPLF zeichnete sich während des Befreiungskampfes durch militärische Stärke aus und stand bis zum Tod von Premierminister Meles Zenawi 2012 unter dessen charismatischer und entschiedener Führung. Wohl auch aus dem Gefühl der Überlegenheit hatte die TPLF keinen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt und hegte keine Zweifel, dass der von ihnen präferierte frühere Parlamentssprecher Abadula Gameda sowohl die Oromo als auch die Mehrheit der Amharen und Tigray hinter sich bringen würde.

Politischer Umbruch

Seit April ist Premierminister Abiy auf Kennenlern-Tour im Land unterwegs. In seiner Antrittsrede gestand er Fehler der früheren Regierung ein und warb für politische Öffnung und Versöhnung mit Eritrea – durchweg bislang unantastbare Tabus. Abiy, der die Jugend einbinden möchte, spricht von Freiheit und der Notwendigkeit politischer Transformation. Ein Großteil der politischen Gefangenen wurde freigelassen, die Opposition aus dem Ausland ist zum Dialog ins Land eingereist und bislang als Terrororganisationen gelistete gewalttätige Oppositionsgruppen wie Ginbot 7 sind ebenfalls eingeladen, sich an der politischen Gestaltung Äthiopiens zu beteiligen. Abiy verspricht eine freie Presse, hebt die Internetblockaden auf und möchte das Mobilfunknetz für ausländische Anbieter öffnen. Nicht zuletzt will er die Verfassung ändern, um die Amtszeit des Premierministers zu beschränken.

Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte Äthiopiens wird eine Transformation von innen versucht. Seit dem Sturz von Kaiser Haile Selassie 1974 war jeder Regierungswechsel blutig verlaufen. Abiy hingegen stellt weder die EPRDF in Frage noch bricht er radikal mit seinen Vorgängern. Doch reagiert die äthiopische Bevölkerung und die politische Klasse nicht nur mit ungläubigem Staunen und euphorischem Optimismus. Gerade angesichts der Geschichte gewaltsamer Konflikte ist die Angst verbreitet, dass das Pendel wieder heftig zurückschwingen könnte. Am 23. Juni wurde auf einer Massenveranstaltung des Premiers in Addis Abeba ein Anschlag verübt: zwei Menschen starben, 150 wurden verletzt. Dies zeigt, dass nicht alle für eine friedliche Veränderung sind. Noch ist unklar, wer hinter dem Anschlag steckt. Nicht allzu lange ist es her, als ein Oppositionsbündnis bei den Wahlen 2005 die Mehrheit in der Hauptstadt und auch landesweit große Stimmanteile geholt hatte. Die Regierungspartei reagierte auf den unerwarteten Wahlausgang mit Repressionen.

Bei der Kabinettsumbildung Mitte Mai 2018 setzte Abiy altgediente und mächtige

EPRDF-Funktionsträger ab, was einiges Erstaunen erregte. Die Mehrheit des Kabinetts besteht nun aus Oromo, die bislang einflussreiche TPLF stellt nur noch zwei Minister.

Kaum drei Monate nach seiner Wahl sind die bislang einflussreichen Akteure des »deep-state« – Geheimdienst, Militär und des eng mit der TPLF verbundenen Wirtschaftskomplexes – nahezu sämtlich ausgetauscht. Dies kann als notwendige Umstrukturierung und als kühner Zug des Premiers gewertet werden, der damit vor allem die Jugendlichen, die Demonstranten, Oppositionellen und Oromo für sich einnehmen will. Das ist riskant für Abiy, steht aber andererseits für die versprochene Veränderung, die viele zehntausend Demonstrierende in den vergangenen Jahren eingefordert hatten.

Dass sich in den Reihen der Sicherheitsbehörden, der Armee und des Zentralkomitees bislang kein Widerstand regte, zeugt nicht zuletzt von der Hierarchiegläubigkeit und der Loyalität zum Staat, die Äthiopien seit Jahrhunderten kennzeichnen.

Will sich die alte Garde nicht ins Abseits drängen lassen, bleiben ihr drei Strategien. Sie kann sich 1. zum Protagonisten der Reform machen und darauf hoffen, bei den Wahlen 2020 wieder in führende Positionen zu gelangen. Sie kann sich 2. zurückziehen und als Wegbereiter der demokratischen Reform feiern lassen oder 3. sich gegen die Bewegung stellen und versuchen, durch repressive Maßnahmen – dann wahrscheinlich auch mit Gewalt – die alte Ordnung wieder herbeizuzwingen. Wünschenswert wäre, dass die Reformer überwiegen. Denn dann könnten sie bei den nächsten Wahlen ihre Regierungserfahrung und politische Infrastruktur nutzen und ihr politisches Überleben sichern. Möglich ist aber auch eine Implosion der EPRDF, sollten die verschiedenen Flügel einander heftig bekämpfen.

Nächste Schritte

Die kommenden Wochen bis zum Parteitag der EPRDF im August sind entscheidend. Gelingt es Premier Abiy, über die ethni-

schen Verbindungen hinaus seine Macht zu konsolidieren und Oppositionsgruppen aus dem In- und Ausland einzubinden, könnte in Äthiopien gelingen, was in der Region bislang keinem Regime gelungen war, das aus einer Befreiungsbewegung hervorgegangen ist: Transformation und Generationenwechsel gleichzeitig einzuleiten.

Der nächste Schritt könnte ein Nationaler Dialog oder, etwas weniger ambitioniert, die Vorbereitung der nächsten Wahlen sein. In beiden Fällen wird der Opposition eine wichtige Rolle zukommen. Erste Schritte, die im Ausland lebenden Oppositionsführer wieder ins Land zu holen, sind getan. Lencho Letta, Gründungsmitglied der Oromo Liberation Front (OLF; später Oromo Democratic Front – ODF), plant nach mehr als 20 Jahren im Exil seine Rückkehr. Viele Oppositionelle trauen der abrupten Wende jedoch nicht. Sie bleiben vorsichtig und folgen dem verständlichen Reflex, die Kritik an der TPLF in den Vordergrund zu stellen.

Selbst Oppositionelle, die zu Gewalt aufgerufen hatten, als Terroristen im Gefängnis saßen oder als solche verurteilt worden waren, sind im Zuge der Amnestien der vergangenen Wochen freigekommen. Sie können sich politisch betätigen, solange sie der Gewalt abschwören.

Wirtschaftspolitik: »more of the same«, aber schneller

Die Bevölkerung Äthiopiens, mehr als 100 Millionen Menschen, lebt vorwiegend im ländlichen Raum und betreibt Subsistenzwirtschaft. Abiy Ahmed setzt auf das Veränderungspotential der jungen Menschen. Die wirtschaftliche Erneuerung ist allerdings keine Erfindung des neuen Premierministers. Unter Meles Zenawi wandelte sich der Entwicklungsstaat in eine Mischung aus revolutionärer Demokratie und Planwirtschaft; der Ausbau der Infrastruktur und die wirtschaftliche Liberalisierung begannen unter Hailemariam Desalegn. In dieser Hinsicht steht Abiy weniger für eine Wende als für Kontinuität, agiert allerdings mit deutlich höherer Schlagzahl.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuelle werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

SWP-Aktuell 32
Juni 2018

Dabei stellt sich die Liberalisierung der Wirtschaft keineswegs nur als Erfolgsgeschichte dar. Gerade die Industrieparks, in denen Unternehmen wie H&M, Primark, Tchibo und KiK produzieren lassen, wurden bei den Protesten angegriffen. Die Wut galt vor allem der Verstaatlichung des Landes: Die betroffenen Kommunen haben bei landwirtschaftlichen Großprojekten oder Stadterweiterungen kaum Mitspracherecht. Der Bau des Staudamms GERD, mit dem die Region über Äthiopien hinaus elektrifiziert werden soll, die Bahnlinie vom Roten Meer in die Wirtschaftszone nahe der Hauptstadt, Industrialisierung und die Ansiedlung von Textilunternehmen sorgen für ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von zehn Prozent. Ob es jedoch mit der demografischen Entwicklung Schritt halten kann, ist keineswegs sicher.

Abiy setzt auf die Privatisierung der profitablen Fluglinie Ethiopian Airlines sowie der Infrastruktur, Telekommunikation und des Energiesektors. Trotz wirtschaftlicher Erfolge sind Devisen nicht ausreichend verfügbar. Der Internationale Währungsfonds stuft das Risiko einer Verschuldungskrise für 2018 als hoch ein. Kritiker befürchten, dass eine zu schnelle Liberalisierung und die Privatisierung nur kurzfristige Gewinne einbringen und langfristig Korruptionsprobleme verursachen könnten.

Zurück als Ordnungsmacht

Neben der Öffnung im Innern steht die Ankündigung des Premiers, sich aus den besetzten Gebieten im Nachbarland Eritrea zurückzuziehen, für eine grundstürzende Wende, die kein Premier vor ihm gewagt hatte. Der Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien 1998–2000 hatte mehr als 70 000 Soldaten beider Seiten das Leben gekostet. Der umkämpfte Grenzort Badme wird seit dem Friedensvertrag von Algier im Jahr 2000 und einem Schiedsspruch, der den Ort Eritrea zuerkennt, von äthiopischen Truppen besetzt. Nicht alle begrüßten die offi-

zielle Verlautbarung der Regierung, an der Umsetzung des Algier-Abkommens festzuhalten. Doch würde diese Umsetzung international große Anerkennung finden. Dass Eritreas Präsident Mitte Juni versprach, eine Delegation zu Beratungen nach Addis Abeba zu schicken, kann schon als großer Erfolg der Politik des neuen Premiers gewertet werden. Auch darüber hinaus versucht Abiy Ahmed, durch regionale Konsultationen und Verhandlungen mit den Golfstaaten Äthiopien wieder zu einer regionalen Ordnungsmacht aufzubauen. Eine solche Ordnungsmacht ist durchaus nötig, denn die Lage in der Region ist angespannt; verwiesen sei nur auf den Konflikt um das Nilwasser, die Militarisierung des Roten Meeres und die anhaltenden Konflikte in Somalia und Südsudan.

Implosion oder Transformation

Ob es dem jungen, dynamischen Premierminister Abiy Ahmed gelingen kann, durch eine Komplettumwälzung Arbeitsplätze zu schaffen und die erhoffte Freiheit sowie regionale Entspannung herbeizuführen, wird in den nächsten Monaten zu beobachten sein. Es ist eine Herkulesaufgabe, ein gespaltenes Land zu vereinen und die politische Klasse nicht gegen sich aufzubringen.

Abiy konnte die alten Vokabeln der revolutionären Demokratie durch ein neues Narrativ des Aufbruchs und der Partizipation ersetzen. Ob er dies nun auch in die politische Praxis überführen kann, hängt von drei Faktoren ab: der Bereitschaft der Bevölkerung, die politische Transformation mitzutragen, ohne sich von ethnonationalistischen Partikularinteressen leiten zu lassen; dem Willen der politischen Opposition, sich etwa durch Wahlen konstruktiv an der Gestaltung des politischen Raums zu beteiligen; und nicht zuletzt von der Bereitschaft der politischen Klasse, Interessen und Wohl des Landes über das Streben nach persönlichem Machterhalt zu stellen.

Dr. Annette Weber ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika.